

Stand: 29.03.2024 00:27:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/356

"Lehrerzuteilung für ein- und zweizügige Grund- und Hauptschulen"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/356 vom 04.02.2009
2. Beschluss des Plenums 16/392 vom 04.02.2009
3. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 04.02.2009

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Renate Ackermann, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Lehrerzuteilung für ein- und zweizügige Grund- und Hauptschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Lehrerzuweisung dahingehend zu ändern, dass ein- und zweizügige Grund- und Hauptschulen bei der Zuteilung von Lehrerstunden so behandelt werden, als würde eine Klassenstärke von mindestens 23 Schülerinnen und Schülern erreicht werden. Damit stehen im jeweiligen Schulamtsbezirk ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung, so dass eine flexiblere Regelung zur Klassenstärke, und damit auch kleinere Klassen, möglich sind.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Renate Ackermann, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/356

Lehrerzuteilung für ein- und zweizügige Grund- und Hauptschulen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)

Flexible Handhabung der Mindestschülerzahl in Grund- und Hauptschulen (Drs. 16/341)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u. a. und Fraktion (SPD)

Bestand einzügiger Hauptschulen in Bayern (Drs. 16/350)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lehrerzuteilung für ein- und zweizügige Grund- und Hauptschulen (Drs. 16/356)

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU)

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)

Konzept zur flexibleren Handhabung der Mindestschülerzahl von 15 Schülern an Hauptschulen (Drs. 16/358)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn von den Freien Wählern.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Ministerpräsident, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass sich der Saal im Laufe dieses Tagesordnungspunktes noch etwas füllt und auch der Kultusminister kommt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der Staatssekretär ist da!)

- Na gut, der Staatssekretär ist da.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, einen Augenblick bitte. Ich bitte, erst einmal die Plätze wieder einzunehmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit die Sitzung ordnungsgemäß weiterlaufen kann. Diejenigen, die etwas zu besprechen haben, bitte ich, nach draußen zu gehen.

Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Danke schön. Herr Barfuß hat vorhin gesagt, dass einige Anträge gar nicht dringlich seien. Dieser Antrag mit den Mindestklassenstärken ist dringlich, meine Damen und Herren. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten an den Schulen in Bayern mitbekommen, dass gerade dieses Thema sehr wichtig ist, sodass sie dringend eine Lösung wünschen.

Was ist der Ausgangspunkt? Meine Damen und Herren, der Ausgangspunkt ist, dass die Zahl der Hauptschulen in Bayern immer mehr zurückgeht. 2001 gab es noch 1.700 Hauptschulen, heute sind es 1.000, und weitere 300 sind in den nächsten Jahren extrem in ihrem Bestand gefährdet.

Gerade für den ländlichen Raum sind diese Schulen ein unverzichtbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb ist es wichtig, bei den Mindestklassenstärken anzupacken. Es gibt zum Beispiel ein Schreiben des Kultusministeriums, das letzte, vom 18. April 2008, eine Information an alle Schulen in Bayern, in dem steht: "Die Mindestklassenstärke bei Hauptschulen ist 15 und bei Grundschulen 13." Daran kann man nicht rütteln, und das ist eben auch insgesamt das Problem. Deshalb sind auch viele Schulen in ihrem Bestand gefährdet. Sie zittern jetzt schon - wir kriegen täglich Briefe -, ob sie im nächsten Jahr diese Mindestklassenstärke erreichen oder nicht. Deshalb brauchen wir möglichst schnell eine Lösung.

Immerhin scheint es mittlerweile Bewegung bei den politischen Parteien zu geben. Zum einen sieht man an den nachgeschobenen Dringlichkeitsanträgen, dass dieses Thema wichtig ist, und dann gibt es auch schon viele Zitate. Es steht im Antrag drin, ich möchte

aber trotzdem wiederholen, dass Ministerpräsident Seehofer im "Focus" Nummer 42/2008 gesagt hat:

Bildung, da müssen wir etwas korrigieren und die Schulstandorte im ländlichen Raum erhalten. Wieso sollte eine Schulklasse auf dem Land aufgelöst werden, nur weil sie einen Schüler weniger hat als die Norm?

Das ist richtig, was Sie sagen, Herr Seehofer. Aber in den letzten Jahren ist es eben so passiert. Wir unterstützen Ihre Aussage natürlich und fordern Sie auf, das schnell umzusetzen.

Dasselbe gilt für Herrn Staatsminister Spaenle. Er hat sich in den letzten Tagen für eine flexible Handhabung der Mindestklassenstärke ausgesprochen. Zum Beispiel in der "Passauer Neuen Presse" am 22. Januar 2009 lautete die Überschrift: "Spaenle: Mindestgröße der Klassen senken", und im Text stand: Die bisherige Mindestklassengröße von 15 sollte gesenkt werden. Es ist ein Kernproblem, dass wir in strukturschwachen Gebieten Bevölkerungsverlust haben.

Das ist auch in vielen bayerischen Landkreisen ein Problem. Herr Spaenle war vor Kurzem im Landkreis Miltenberg in Leidersbach. Da wurde ihm das von den anwesenden Schulräten gesagt. Ich zitiere: "Uns wäre geholfen, wenn die Mindestschülerzahl flexibel gehandhabt würde, beispielsweise auch Klassen mit 13 Schülern gebildet werden könnten."

Andere Schulen reichen Anträge in den Bildungsausschuss oder Petitionen ein. Das passierte auch im letzten Jahr. Aber Kultusminister Schneider hat dann immer gesagt: "Das geht nicht. Wir müssen den Antrag ablehnen. Das führt nämlich sonst zu einer Neiddebatte, weil andere Schulen es nicht kriegen, sondern nur Schulen, die einen Antrag stellen."

Genau deshalb muss es möglichst schnell gehen. Wir haben uns auch die nachgeschobenen Dringlichkeitsanträge angeschaut. Da schreiben die CSU und die FDP: Die

Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie das gehen soll. Meine Damen und Herren, wir wollen, dass dieses Konzept möglichst schnell umgesetzt wird. Wir brauchen eine Lösung schon für das nächste Schuljahr und nicht ein Konzept, das vielleicht erst in fünf oder sechs Monaten vorliegt. Sie sehen ja, der Brief geht schon im April an die Schulen hinaus, und sie müssen wissen, wie sie für das nächste Jahr planen. Deshalb hoffe ich, dass dazu eine Stellungnahme kommt. Für die Gelenkklassen oder beim Übertrittsverfahren warten wir schon seit dem 20. Oktober auf ein Konzept der Staatsregierung, und es ist immer noch nicht da. Das muss einfach kommen.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist bis jetzt auch nicht in der Lage gewesen, uns zu sagen, wie groß die Klassenstärken in den einzelnen Schulen in diesem Schuljahr sind. Auf Anfragen und Briefe an Herrn Spaenle ist immer noch keine Antwort erfolgt. Da muss sich vieles verbessern.

Herr Spaenle hat in einer Grundsatzrede in der Hanns-Seidel-Stiftung am 28. Januar das Konzept einer subsidiären Bildungspolitik vorgestellt, einer Bildungspolitik, die auf die Eigenverantwortung des Einzelnen und auf die Lösungskompetenz vor Ort setzt sowie auf Bildungspolitik nah am Menschen. Wir Freien Wähler, meine Damen und Herren, wollen eigentlich das Gleiche erreichen. Wir wollen die kleinen Einheiten stärken und sagen: Vieles lässt sich auch auf örtlicher Ebene viel besser organisieren und umsetzen. Der Staat muss viel mehr als bisher bereit sein, die Betroffenen vor Ort mehr in die Entscheidung einzubeziehen. Das müsste doch eigentlich auch im Sinne der FDP sein.

Die Freien Wähler wollen - das möchte ich ausdrücklich sagen - keine neue Strukturdebatte entfachen. Wir wollen auch keine Ideologien in der Schulpolitik, sondern wir wollen praxisnahe Lösungen, die Eltern, Schülern und Lehren zugute kommen. Dazu ist die Mindestklassenstärke der erste Baustein.

Deshalb mein Appell zum Schluss: Lassen Sie die Schule im Dorf und stimmen Sie dem Antrag der Freien Wähler zu.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Strobl das Wort erteilen.

Reinhold Strobl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist Bildung das oberste Ziel der Landespolitik. Wir brauchen eine gute Bildung für unsere Kinder, das steht im Vordergrund jeglicher Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass dafür kleinere Klassen und entsprechende Lehrer Voraussetzung sind. Wir haben über Jahre weg Anträge gestellt, mehr Lehrer einzustellen. Das ist immer abgelehnt worden.

Wir freuen uns ja, wenn das jetzt möglich ist, wenn mehr Lehrer kommen, wobei wir da natürlich ganz genau hinschauen. Im Zuge der Diskussion über diesen heute zu behandelnden Punkt geht es natürlich auch um Bereiche wie die Lehrerstundenzuweisung; denn sonst kommt immer das Argument, wenn dort die Klassen so klein sind, dann müssen sie woanders größer sein. Darum geht es nicht. Es geht vielmehr darum, die Lehrer nach Möglichkeit zur Verfügung zu stellen, damit solche Dinge, wie sie heute angesprochen wurden, verhindert werden können. Wir wollen als SPD nämlich möglichst wohnortnahe Schulen und kurze Schulwege, damit die Kinder nicht stundenlang auf der Straße unterwegs sind, sondern die Zeit, die sie im Bus verbringen, zum Lernen verwenden können. Ich glaube, das ist sinnvoller.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen auch um die Bedeutung von Schulen in ländlichen Regionen. Wir wissen um die Bedeutung wohnortnaher Schulen und die Verbindung zu den Kommunen. Wir wissen, welche Auswirkungen es für die Kommunen hat, wenn es am Wohnort keine Schule mehr gibt. Deswegen haben wir uns in den zurückliegenden Jahren immer dafür eingesetzt, dass die Schulen am Ort erhalten bleiben. Es sind erst alle Teilhauptschulen

geschlossen worden; damals hat man gesagt, sie würden nicht geschlossen, sondern konzentriert. Dann sind die Hauptschulen drangekommen. Das hat natürlich seine Ursachen: Das liegt auch daran, dass steigende Übertrittszahlen zu verzeichnen sind; ich erinnere an die Einführung der R 6. Hinzu kommt der Geburtenrückgang. Schließlich gibt es bisher in Bezug auf die Klassenstärke eine starre Regelung, die übrigens nicht von Gott gewollt ist, sondern in Bayern in den zurückliegenden Jahren irgendwann wieder eingeführt wurde, weil früher die Mindestklassenstärke an der Hauptschule zunächst bei 12 lag, aber dann auf 15 erhöht worden ist.

Es ist schon erwähnt worden, dass in den zurückliegenden Jahren die Anzahl der Hauptschulen von 1.700 auf 1.000 gesunken ist. Wir können davon ausgehen, dass mindestens weitere 300 Hauptschulen geschlossen werden, wenn sich hier nichts Grundlegendes tut. Dazu gab es in den zurückliegenden Jahren mehrere Beispiele und Petitionen an den Bayerischen Landtag. Beispielsweise gab es Kommunen, die bestrebt waren, für ihre Kinder etwas zu tun, und Geld - Millionenbeträge! - in die Hand genommen haben, die Schulhäuser saniert und entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben. Dann hat zur Klassenbildung auf einmal ein Kind gefehlt und dann war die erste Klasse weg. Und wenn eine Klasse weg war, war das meistens der Anfang vom Ende. Dann konnte man davon ausgehen, dass die ganze Hauptschule über kurz oder lang geschlossen wird.

Es hat schon paradoxe Dinge gegeben. Zum Beispiel wurde einmal eine Petition aus Tännesberg eingereicht, wonach die ganze Klasse nach Pleystein fahren musste, weil ein Kind gefehlt hat, während in Pleystein angesichts der Schülerzahlen trotzdem zwei Klassen gebildet wurden. In diesem Fall hat man sich also nicht einmal eine Klasse, nicht mal einen Lehrer gespart, waren aber die Kinder eine Stunde länger auf der Straße. Das ist schon bezeichnend. Ich erinnere mich zum Beispiel auch an die Petition von Plech. In der diesbezüglichen Stellungnahme der Regierung von Oberfranken steht, dass in sehr vielen Gemeinden die Schulen geschlossen werden müssten, selbst wenn die Ge-

burtenzahl wieder auf 40 steigen sollte. Man stelle sich einmal vor: 40 Kinder in einer Kommune.

Ich muss auf die Uhr schauen, deswegen zu unseren Anträgen. Wir haben bereits im vorigen Jahr einen Antrag in dieser Richtung gestellt. Dieser Antrag ist von der CSU abgelehnt worden. Wir freuen uns, dass dieses Thema heute wieder auf der Tagesordnung steht. Wir unterstützen natürlich auch andere Anträge und gehen sogar so weit, dass wir sagen, okay, wir unterstützen auch den Antrag der CSU. Wir würden uns natürlich umgekehrt auch freuen, wenn Sie unsere Anträge genauso unterstützten. Es ist schon interessant, dass in diesem Antrag der SPD steht, dass man nicht überlegt, ob, sondern dass man heute schon überlegt, wie eine flexible Lösung herbeigeführt werden kann. Das ist schon einmal ein Quantensprung und etwas Neues. Das hat man bisher überhaupt nicht für nötig befunden.

Ich bitte Sie eindringlich, unseren Anträgen zuzustimmen. Wir wünschen uns natürlich von der CSU, die in ihrem Antrag von der Umsetzung eines Konzeptes schreibt, dass dieses Konzept umgehend kommt und nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag;

(Beifall bei der SPD)

denn es geht hier um die Kinder, es geht um die Schulen am Land und um die Zukunft unserer Kommunen.

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Eisenreich. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler betrifft ein wichtiges Anliegen, auch von uns. Es geht um den Erhalt der wohnortnahen Schulen. Dies ist wichtig für die Schüler, aber auch für die Gemeinden, wie Sie es gesagt haben. Schulen bedeuten immer Leben in den Gemeinden, aber auch Attraktivität. Deswegen wurde dieses Thema auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen, weil es die Menschen bewegt und hier Lösungen not-

wendig sind. Die Menschen erwarten aber auch, dass man sie ernst nimmt und mit ihnen ehrlich umgeht. Deswegen muss man auch sagen, was haltlose Versprechungen sind und was machbar ist.

Ich möchte deswegen auf drei Punkte eingehen; erstens auf das, was Bayern schon tut. Ich möchte das auch mit Zahlen belegen. Zweitens ist es wichtig, zwischen Grund- und Hauptschulen klar zu unterscheiden. Drittens ist es, wenn ich auf die Konsequenzen zu sprechen komme, wichtig, die Perspektiven der Schüler zu stärken, weil es tatsächlich um die Schüler geht, wie der Kollege gesagt hat.

Was tut Bayern bereits? Dazu muss man sagen: Die Mindestschülerzahl, also die Schülerzahl, die man zur Bildung einer Klasse braucht - 13 Schüler an den Grundschulen und 15 Schüler an den Hauptschulen -, ist nicht etwa hoch, sondern im Vergleich mit den anderen Bundesländern niedrig. Allein dies zeigt schon, dass Bayern auf diesem Gebiet etwas tut. Ich möchte das konkretisieren: Eine Grundschule braucht in Bayern zur Klassenbildung 13 Kinder, in Baden-Württemberg 16, in Brandenburg 15, in Nordrhein-Westfalen 18, in Sachsen und Schleswig-Holstein jeweils 15 Kinder. Nur ein Bundesland ist besser. Bei den Hauptschulen beträgt die Mindestschülerzahl 15. Hier liegt eine ganze Reihe von Ländern über unserer Mindestzahl, einige Länder haben die gleiche Zahl, nur ein Land ist besser. Ich nenne diese Zahlen, damit man weiß, dass Bayern auf diesem Gebiet viel tut, um die Schulen wohnortnah zu erhalten.

Leider enthalten die Anträge nicht die uns wichtige Unterscheidung zwischen Grund- und Hauptschule. Unser Argument heißt: Kurze Beine, kurze Wege. Je kürzer die Beine, also je jünger die Schüler, desto wichtiger ist dieses Argument. Damit brauchen wir die Grundschule auf jeden Fall im Dorf. Wir sehen dazu erstens niedrige Mindestschülerzahlen vor. Zweitens haben wir ein bewährtes und pädagogisch gutes Instrument, nämlich die jahrgangskombinierten Klassen. Die Anzahl dieser jahrgangskombinierten Klassen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, und sie finden, wenn es um den Erhalt des Schulstandorts geht, bei Eltern und Schülern eine hohe Akzeptanz. Deswegen besteht hier aus meiner Sicht kein Handlungsbedarf.

Ich komme jetzt zur Hauptschule. Da ist es wichtig, in unsere Überlegungen ein paar Argumente mehr einzuführen. Der Weg zur Schule ist also unbestritten wichtig. Die Nutzung von Schulgebäuden, in die die Gemeinden viel investiert haben, ist auch wichtig. Das Bedürfnis der Gemeinden, Leben am Ort zu erhalten, ist ebenfalls sehr wichtig. Aber dies sind nicht die einzigen Argumente. Die Hauptschule ist nämlich - anders als die Grundschule - eine weiterführende, berufsvorbereitende Schule. Deswegen muss die Hauptschule für die Schülerinnen und Schüler ein differenziertes Angebot haben. Da ist es nun einmal so: Je kleiner die Klassen sind, desto weniger Profil- und Wahlangebote gibt es.

Ich komme nun auf die Konsequenzen zu sprechen. Wir haben also bei den Grundschulen eine niedrige Mindestklassengröße und mit den jahrgangskombinierten Klassen ein gutes Instrument, um die Schule vor Ort zu erhalten. Bei den Hauptschulen brauchen wir eine flexiblere Handhabung der Mindestschülerzahl, um zum Beispiel auf die Besonderheiten vor Ort einzugehen. Deshalb haben wir heute beantragt, dass die Staatsregierung ein Konzept erarbeitet, wie eine flexiblere Handhabung der Mindestschülerzahl verwirklicht wird. Eines möchte ich aber auch deutlich sagen: Was wir nicht brauchen - und zwar unabhängig von der Finanzierung - sind Hauptschulklassen mit zehn Schülern. Hier muss ich den Freien Wählern widersprechen, und zwar aus pädagogischen Gründen. Hauptschulklassen mit zehn Schülern helfen den Schülerinnen und Schülern nicht. Wir brauchen an einer weiterführenden und einer berufsvorbereitenden Schule auch eine gewisse Attraktivität, und nicht nur die Nähe zur Schule. Wir brauchen attraktive Schulen mit Profil und Wahlangeboten. Ich bin deshalb aus pädagogischen Gründen gegen Mini-Klassen mit zehn Schülern.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Zu sowas klatscht ihr Beifall!)

Neben der Flexibilisierung müssen Hauptschulen Verbünde und Verbände bilden, die den Schülerinnen und Schülern ein qualitativ hochwertiges und differenziertes Profil und ein Wahlangebot bieten können. Das gehört zur Wahrheit. Mit Debatten ausschließlich über Klassengrößen helfen wir den Schülerinnen und Schülern nicht und wir steigern

damit auch nicht die Attraktivität der Hauptschulen. Wir brauchen eine flexiblere Handhabung, um auf Besonderheiten vor Ort reagieren zu können. Eine solche Besonderheit kann zum Beispiel ein Neubaugebiet sein, sodass absehbar ist, dass im nächsten Jahr die Schülerzahl höher sein wird. Mini-Klassen brauchen wir im Interesse der Schülerinnen und Schüler nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Eisenreich, kommen Sie bitte noch einmal ans Mikrofon. Ich erteile Frau Kollegin Gottstein zu einer Zwischenintervention das Wort.

Eva Gottstein (FW): Herr Kollege Eisenreich, geben Sie mir Recht, wenn ich sage, dass es sehr wohl Länder gibt, in denen die Klassenstärken unter zehn Schülern liegen und dass dort trotzdem gut unterrichtet werden kann? Geben Sie mir außerdem Recht, wenn ich sage, dass an der Hauptschule trotz aller Berufsvorbereitung durch eine Beschränkung auf Kernkompetenzen eine große Differenzierung nicht notwendig wäre?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Eisenreich möchte darauf nicht mehr eingehen.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie darüber informieren, dass die CSU-Fraktion zum interfraktionellen Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion eine namentliche Abstimmung beantragt hat. Die namentliche Abstimmung wurde im Haus bereits durchgegeben, so dass wir sie am Ende der Aussprache durchführen können.

Ich erteile Herrn Kollegen Gehring das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, so viele schöne Worte zur Stärkung der Hauptschulen zu hören. Wenn man sich die ganzen Stärkungs- und Impulsprogramme der letzten Jahre ansieht und sich die Rhetorik anhört, hat man das Gefühl, die Hauptschule könnte vor lauter Kraft nicht laufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsächlich ist die Hauptschule jedoch das schwächste Glied im gegliederten Schulwesen. Sie geht einer schlechten Zukunft entgegen. Die Schülerprognosen weisen nach unten. Wenn die Hauptschule kein gutes Angebot machen kann, wird sie als Schule im ländlichen Raum nicht überleben. Es muss etwas verändert werden. Jeder, der zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, dass Schulstandorte im ländlichen Raum mit der Sekundarstufe I nur eine Zukunft haben werden, wenn mehr Kinder aus den Dörfern und den Gemeinden auf diese Schulen gehen. Das wird nur dann der Fall sein, wenn die Schüler dort einen Realschulabschluss machen können und danach die Möglichkeit haben, zur gymnasialen Oberstufe zu gelangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der "Allgäuer Zeitung" ist heute nachzulesen, dass im Kleinwalsertal eine solche Mittelschule eingerichtet wird. Dort können die Schüler einen Realschulabschluss erwerben und haben anschließend die Möglichkeit, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen. Als Grenzlandbewohner in Bayern muss ich mich fragen, wo die modernere Bildungspolitik betrieben wird, in Vorarlberg oder in Bayern.

Der Antrag der Freien Wähler fordert eine lebensverlängernde Maßnahme für die Hauptschulen, aber keine lebensrettende Maßnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir unterstützen natürlich im Interesse der Eltern und der Kommunen das Begehren, kleinere Klassen einzurichten. Wir brauchen mehr Flexibilität. Wir haben in der letzten Legislaturperiode bereits einen entsprechenden Antrag eingereicht. Das Problem besteht bei der Lehrerzuweisung: Gegenwärtig besteht die Situation, dass den Schulen für jeweils 22,3 Schüler vom Schulamt ein Lehrer zugewiesen wird. Der Schulrat muss diese Lehrkräfte auf die Schulen verteilen. Die Personaldecke ist aber zu dünn. Wenn der

Schulrat den kleinen Klassen eine Lehrkraft gewährt, muss er sie den großen Schulen wegnehmen.

In den Anträgen der CSU, der SPD und der Freien Wähler wird vorgeschlagen, dass mehr Personen unter diese Decke schlüpfen sollen. In diesem Fall würde jedoch der eine dem anderen die Decke wegziehen. Darunter würden die großen Schulen leiden. Wir haben deshalb in unserem Antrag eine neue Lehrerzuweisung gefordert, wonach kleinere Schulen bei der Lehrerzuweisung so behandelt werden sollen, als ob sie 22,3 Kinder hätten. Dann hätten wir mehr Lehrer an den Schulen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen keine weiteren Worte zur Stärkung der Hauptschule und zur Stärkung der Schule im ländlichen Raum. Wir müssen jetzt etwas tun. Damit wir etwas tun können, müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Nur dann sind Ihre Anträge glaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir Liberalen haben in der Bildungspolitik ein großes Ziel: Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler den für ihn bestmöglichen Abschluss erreicht.

(Beifall bei der FDP)

Zum Antrag der Freien Wähler: Auch uns ist es ein großes Anliegen, dass Grundschulen erhalten bleiben. Wir haben aber bereits eine Mindestschülerzahl von 13 Schülern pro Klasse. Im Übrigen ist die geforderte Flexibilisierung bei den Grundschulen bereits Realität. Zu den jahrgangskombinierten Klassen gibt es pädagogische Konzepte und Evaluierungen, die sehr gut ausgefallen sind. Mit diesem Modell bleiben die Schulen im Dorf. Lassen Sie sie bitte dort.

(Beifall bei der FDP)

Mit diesem Modell können Grundschul Kinder in ihrem gewohnten Umfeld unterrichtet werden und sie haben kurze Schulwege. Bei den Hauptschulen hat für uns der Abbau großer Klassen absolute Priorität. Jeder Schüler muss die Möglichkeit haben, gemäß seinen Neigungen und seinen Fähigkeiten zu lernen. Deshalb ist es für uns das Wichtigste, nicht die Mindestschülerzahl, sondern die Höchstschrülerzahl pro Klasse zu reduzieren. Wir haben dafür gekämpft, in Bayern bald sehr viel mehr Lehrer zu bekommen, als wir im Moment haben. Wir haben hier viel erreicht. Die Zahl der Lehrkräfte ist jedoch begrenzt. Lehrkräfte wachsen nicht unendlich auf den Bäumen. Deshalb müssen wir unsere Ressourcen im Sinne der Schüler sinnvoll einsetzen. Hier ist verantwortungsvolles Handeln gefordert.

(Beifall bei der FDP)

Wir nehmen es nicht länger hin, dass es Hauptschulklassen mit bis zu 30 Schülern gibt. Gerade Schüler aus schwierigen Verhältnissen oder Schüler mit einem Migrationshintergrund verdienen bessere Chancen. Wir wollen - das steht auch in unserem Antrag -, dass die Klassenbildungsrichtlinien flexibilisiert werden. Eine Senkung des Klassenteilers auf zehn würde jedoch vollkommen über das Ziel hinausschießen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meiner Meinung nach wäre es zutiefst ungerecht, wenn es einerseits Klassen mit 30 Schülern und andererseits Klassen mit 10 Schülern gäbe. Das wäre für Schüler und Lehrer nicht zumutbar. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, noch ungerechter wäre es aber, diese Mini-Klassen bei den Lehrerstunden so zu behandeln, als hätten sie 23 Schüler.

(Simone Tolle (GRÜNE): Bei den Kindergärten wird das so gemacht!)

Erklären Sie das einmal in den Gegenden, in denen die Lehrer und die Eltern darauf warten, dass die Klassenstärken reduziert werden, damit wieder ein guter vernünftiger Unterricht erteilt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Sandt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Gehring?

Julika Sandt (FDP): Sie können im Anschluss an meine Rede eine Zwischenintervention machen.

Lassen Sie mich eines sagen: Mit einer Verringerung der Mindestschülerzahl auf zehn an diesen Hauptschulstandorten wäre den dortigen Schülern nicht einmal gedient. Die Wahlmöglichkeiten wären eingeschränkt und damit auch die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Schüler. Wir wollen, dass die drei wählbaren Bildungsschwerpunkte an so vielen Standorten wie möglich erhalten bleiben können. Wie wollen Sie das denn bei zehn Schülern pro Klasse machen? Wollen Sie da drei in den gewerblich-technischen Zweig schicken, drei in den kommunikationstechnischen Zweig und zwei in den hauswirtschaftlich-sozialen Zweig?

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FW))

- Das ist doch vollkommen absurd, Frau Kollegin.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir wollen die Qualität der Bildung mit sinnvollen Maßnahmen verbessern. Wir wollen zum Beispiel erreichen, dass es mehr Schulverbünde gibt, die auch zusammenarbeiten, wodurch bessere Wahlmöglichkeiten geschaffen werden können.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine sinnvolle bildungspolitische Maßnahme. Wir wollen vor allen Dingen, dass Schüler in Hauptschulen gerade auf dem Land gute Aufstiegsmöglichkeiten bekommen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das wollen wir durch Kooperationsmodelle erreichen, damit jeder Schüler die Möglichkeit hat, einen Realschulabschluss zu erreichen. Das ist ein großer Schritt. Das Wohl der Kinder ist Maßstab einer vernünftigen Politik, und danach handeln wir.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Für eine Zwischenintervention erteile ich das Wort Herrn Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Kollegin, ist Ihnen das bisherige Verfahren der Lehrerzuweisung bekannt? Das geht so: Ein Schulrat, der in seinem Sprengel Schulklassen mit 18, 19, 27, 28 oder 22 Schülern hat, bekommt so viele Lehrer zugewiesen, als wären in jeder Klasse 22,3 Schüler. Dann muss er die Schüler verteilen und den Klassen mit 17 Schülern genauso viele Lehrer geben wie den Klassen mit 28. Gerade große Klassen leiden unter diesem Verfahren, weil sie zu wenige Lehrerstunden bekommen, während unser Vorschlag dafür sorgen würde, dass in diesen Sprengel mehr Lehrer kommen. Lehrerinnen und Lehrer wären dann gerechter verteilt, was sich gerade zugunsten der großen Schulen auswirken würde.

Julika Sandt (FDP): Dann verstehe ich aber Ihren Antrag nicht. Dann müssten Sie praktisch fordern, dass in Klassen, in denen mehr Schüler sind, die Schülerzahl auf 22 gesenkt wird. Das ist doch absurd.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Nun hat sich zu einer Zwischenbemerkung Herr Kollege Felbinger gemeldet. Bitte schön.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Es geht einfach um eine gerechte Zuweisung!)

Günther Felbinger (FW): Verehrte Kollegin Sandt, ich weiß nicht, ob Sie unseren Antrag richtig verstanden haben, weil Sie die ganze Zeit von einer Mindestschülerzahl von zehn reden.

(Julika Sandt (FDP): Das steht in der Begründung!)

- Das gilt in Ausnahmefällen. Wir haben ganz klar formuliert: grundsätzlich 13 für die Grundschule und 15 für die Hauptschule, aber in Ausnahmefällen 10. Wir wollen damit erreichen, dass die Schule im Dorf bleibt. Das fordern Sie zwar auch, aber Sie wollen das in einer anderen Art und Weise erreichen, nämlich über die Schulverbände. Das ist etwas ganz anderes.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Julika Sandt (FDP): Das ist eine sinnvolle Maßnahme, um die Wahlmöglichkeiten zu verbessern. Wir müssen überlegen, wie wir eine gute Schulversorgung und einen guten Unterricht auf dem Land erreichen können. Dafür kämpfen wir. Im Koalitionsvertrag haben wir mit den Kooperationsmodellen dafür sehr viel erreicht.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Dr. Spaenle das Wort erteilen.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Es gilt, ein hohes Gut zu sichern und fortzuentwickeln. Das ist die wohnortnahe weiterführende Schule. Bei der Hauptschule haben wir mit einem Zahlenphänomen zu kämpfen. An der Hauptschule gibt es annähernd so viele Schüler wie an der Realschule. Wir haben etwa 1.000 Hauptschulstandorte und um die 400 Realschulstandorte. Viele ursprünglich mehrzügige Hauptschulstandorte sind aufgrund von Wanderungsverlusten und Schulortwahl zu einzügigen Hauptschulstandorten geworden.

Es ist ausdrückliches Ziel der Koalition, so viele Standorte wie möglich solange wie möglich wohnortnah zu erhalten. Dafür hat die Koalition ein Maßnahmenbündel ins Auge gefasst. Der eine Aspekt ist die Schulorganisation. Mit einem hochambitionierten, standortbezogenen, differenzierten Schulverbandssystem - das haben Kollege Eisenreich und

Kollegin Sandt angesprochen - wollen wir versuchen, die Stärke der Hauptschule zu erhalten, nämlich ihr besonderes Profil und die Modularisierung vor Ort.

Die zweite Frage ist die Klassengröße; Kollege Eisenreich hat es angesprochen. Wir haben die im Bundesvergleich sehr günstige Klassenmindestgröße von 15 und Klassengrößen bis hin zu 30 Schülern. Die Koalition hat sich auf eine flexiblere Handhabung der Mindestschülerzahl verständigt. Eine Absenkung, um wie viele Schüler auch immer, würde das Problem nicht lösen. Die Schülerzahl an Hauptschulstandorten wird geringer. In den kommenden Jahren wird ein Verlust von bis zu 20 % der Schülerzahlen an Hauptschulen prognostiziert. Dem ist Rechnung zu tragen. Deshalb ist eine konzeptionelle Überlegung notwendig, wie man mit einer flexibleren Lösung im Zusammenwirken mit dem Schulverband und schulorganisatorischen Maßnahmen ein Netzwerk schaffen kann, mit dem das Ziel erreicht wird - das, wie ich verstanden habe, alle teilen -, an möglichst vielen Standorten möglichst lange Hauptschulangebote zu erhalten. Gleichzeitig soll die Stärke der Hauptschule am einzelnen Standort erhalten bleiben, und ihre Profile sollen den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt werden. Das ist das politische Hauptziel der Koalition.

Die Koalition ist noch keine 100 Tage im Amt. Wir haben im Koalitionsvertrag zehn Hauptaufgaben, eine davon ist die Strukturentwicklung der Hauptschule. Eine weitere - Kollegin Sandt hat es angesprochen - ist die Senkung großer Schülerzahlen in Klassen. Wir werden das in der gebotenen Konsequenz und mit der notwendigen Qualität tun und mit Ihnen in den kommenden Wochen die identifizierten politischen Ziele Punkt für Punkt abarbeiten.

Ich verstehe die Antragsteller so, dass wir uns dem Ziel, die Hauptschule sowohl in der Fläche als auch in verdichteten Ballungsräumen zu entwickeln, gemeinsam nähern wollen. Wir haben damit zu kämpfen, dass die Hauptschulen mit Anforderungen konfrontiert sind, denen andere Schularten in dieser Form nicht begegnen. Auch da werden wir uns - so verstehe ich die heutige Debatte - mit guten Rezepten aufeinander zubewegen. Ich halte den Antrag, ein Konzept vorzulegen, das die Notwendigkeit einer flexibleren Hand-

habung der Mindestschülerzahl mit den übergeordneten Zielen der Hauptschulinitiative verbindet, für den richtigen Weg.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sprinkart?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Gerne, ich bin mit meinen Ausführungen bereits am Ende.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie sagen, eine Absenkung der Klassenstärke würde den Hauptschulen nichts bringen. Gleichzeitig sprechen Sie sich für eine flexiblere Klassengröße aus. Bedeutet "flexiblere Klassengröße" ab 15 aufwärts, oder kann das in Einzelfällen auch bedeuten, dass die Klassenstärke unter 15 Schüler beträgt?

Meine zweite Frage: Sie wollen eine Schwerpunktsetzung. Welche Klassenstärke braucht man denn, um bei einer einzügigen Schule überhaupt eine Schwerpunktsetzung machen zu können?

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich gehe zunächst auf Frage zwei ein. Ich habe versucht, Ihnen darzulegen, dass eine Hauptschule ihre Stärke am besten in mehrzügiger Form und bei einer gewissen Mindestgröße entfalten kann, weil nur dann die ganze Angebotspalette zur Verfügung steht. Mit intelligenten Verbundlösungen kann dem nahegekommen werden. Eine niedrige Klassenstärke ist natürlich auch ein pädagogischer Eigenwert, wobei es eine kritische Größe gibt, ab welcher der Betreuungsvorteil durch die geringere Klassenstärke nicht mehr steigerbar ist.

Nun zur Frage, was das Wort "flexibel" bedeutet: Ich bin so flexibel, dass ich an Gewicht abnehme und an Gewicht zunehme.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich darf Sie bitten, noch einen Moment am Rednerpult für eine Zwischenintervention des Kollegen Pfaffmann zu verbleiben.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich habe mich gemeldet, weil mich die Äußerungen des Ministers und von Kollegen aus der CSU über den Erhalt der wohnortnahen Schule reizen. Können Sie mir vielleicht einmal sagen, warum Sie um Himmels willen alle Teilhauptschulen in den letzten Jahren geschlossen haben?

(Beifall bei der SPD)

Können Sie mir die Frage beantworten, warum Sie um Himmels willen vor zwei Jahren 1.200 Hauptschullehrerstellen gestrichen haben?

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es unerträglich, dass Sie sich hier als Retter der wohnortnahen Schule präsentieren, wenn Sie sozusagen der Totengräber der Hauptschule in den letzten Jahren waren.

(Beifall bei der SPD)

Um keine Geschichtsklitterung und Legendenbildung zuzulassen: Sie haben mit Ihrer Politik der letzten Jahre dazu beigetragen, dass die Hauptschulstandorte sterben werden. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann, möchten Sie, dass der Herr Staatsminister auf Ihre Anmerkungen eingeht? - Dann wenden Sie sich doch bitte an ihn und nicht an das Plenum.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Entschuldigung, ich schaue ihn wirklich gern an.

Präsidentin Barbara Stamm: Ja, das ist schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Staatsminister, vielleicht können Sie doch noch eine Frage klären. Der Ministerpräsident hat in einer Zeitung - ich weiß nicht, welcher - eine kritische Frage gestellt. Kein Mensch kann mir erklären, so der Ministerpräsident, warum eine Klasse 13 und nicht 12 oder 10 oder 15 Schüler haben soll. Vielleicht können Sie zu einer Erklärung beitragen.

Zum Schluss: Können Sie mir erklären, was es bedeutet, wenn man sagt, es würde pädagogisch gesehen nichts nützen, wenn man Klassen mit 10 Schülern hätte? Das hat die Kollegin gesagt. Was soll das denn für eine Nummer sein? Sie wissen doch, je kleiner die Gruppen sind, umso besser können Kinder individuell gefördert werden. Alles andere ist doch ein organisatorisches Problem und kein pädagogisches.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann, Ihre Zeit ist um.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer so etwas sagt, hat individuelle Förderung nicht verstanden.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Kollege Pfaffmann, Wortwahl und Lautstärke obliegen Ihnen, das möchte ich nicht kommentieren.

Die Teilhauptschule ist mit einer leistungsstarken Hauptschule, die Profil entwickelt und unterschiedliche Begabungen und Neigungen fördert, nur defizitär in Einklang zu bringen. Darüber sind wir uns wohl einig.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, eine zusammenhängende Hauptschule von der 5. bis zur 9. Klasse ist der richtige Ansatz, weil man dort mit drei Profilen arbeiten und mit der Modularisierung Stärken nützen kann.

Ich komme zu der Frage, inwieweit kleine Klassen und Betreuungsstärken pädagogische Vorteile haben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich freue mich immer, wenn ich es schaffe, dass Sie Ihre Emotionen dem Thema zuwenden.

Dass eine kleine Zahl von Schülern in einer Klasse einen Eigenwert hat, habe ich gerade ausgeführt. Ob das beim Anstieg Ihres Blutdrucks vielleicht an Ihnen vorübergegangen ist, weiß ich nicht. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass das einen hohen Eigenwert hat und dass man das in Ansatz bringen muss gegen die Tatsache, dass eine einzügige Hauptschule an einem Standort nicht immer die speziellen Fertigkeiten und Stärken vermitteln kann, die die Hauptschulinitiative, die mein Vorgänger Siegfried Schneider auf den Weg gebracht hat, entwickeln hilft. Sicher stellt eine geringe Klassenstärke einen pädagogischen Eigenwert dar. Aus meiner Sicht gibt es aber eine gewisse Grenze, wo sich der Vorteil einer kleinen Gruppenstärke und der Nachteil, der sich daraus ergibt, dass an einem Standort nicht alle Profile der Hauptschule angeboten werden können, aufheben. Das muss man bei einer seriösen Güterabwägung durchaus miteinander in Ansatz bringen. So habe ich auch Frau Kollegin Sandt verstanden.

Der Ministerpräsident hat im Koalitionsvertrag auf die beiden zentralen Punkte abgestellt, die zum Erhalt der wohnortnahen Hauptschule beitragen sollen. Es handelt sich um die flexiblere Handhabung der Klassenuntergrenzen und die Stärke, die die Hauptschule in der Entfaltung der Profile und in der Modularisierung aufweisen kann. Insofern ist das ein logisch zu begründendes Miteinander.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich bitte Sie weiterhin um Geduld. Bitte schön, Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir nicht grundsätzlich eine Mindestklassenstärke von 10 Schülern gefordert haben, sondern es geht um Ausnahmefälle. Das wurde anscheinend von einigen nicht verstanden. Das ist der erste Punkt.

Ich komme zum zweiten Punkt. Ich habe die Frage gestellt, wann dieses Konzept in Kraft treten soll. An den Schulen erwartet man, dass das im nächsten Schuljahr passiert. Sie haben nichts zum Zeitpunkt gesagt. Es wäre aber wirklich wichtig, dass das Konzept, das Sie wollen, im nächsten Schuljahr umgesetzt wird. Wenn keine Lösung kommt, werden wir noch einmal einen Dringlichkeitsantrag stellen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, wollen Sie darauf eingehen?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Es ist wirklich guter Stil, zu sagen, wir haben ein gemeinsames Ziel und das werden wir mit parlamentarischen Initiativen begleiten. Tatsächlich ist es notwendig, die Frage der Fortentwicklung der Hauptschulinitiative, die Frage der Schaffung intelligenter Verbundlösungen und die Frage der flexiblen Anwendung der Klassenmindeststärken organisatorisch und strukturell so zu lösen, dass sich das Konzept beginnend mit dem nächsten Schuljahr auswirken kann. Sie werden aber zugestehen, dass wir das Miteinander - das ist ein Ineinandergreifen - verschiedener Instrumente zum möglichst langen Erhalt möglichst vieler Standorte erst vernünftig entwickeln und Ihnen anschließend präsentieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, es geht weiter. Ich bitte um Geduld. Frau Kollegin Ackermann, bitte.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben gerade sehr eindrucksvoll ausgeführt, dass es, um ein flexibles Angebot für die Schulen aufrechterhalten zu können, wichtig ist, mehrzügige Schulen bzw. größere Einheiten zu haben. Ich frage Sie und mich: Warum hat dann die Staatsregierung in der Vergangenheit den Hauptschulen alle individualisierenden Angebote in Form von Arbeitsgemeinschaften gestrichen? Hier wäre Individualisierung möglich gewesen. Man hat dieses Instrument den Hauptschulen weggenommen und damit ihre Attraktivität zerstört. Jetzt beklagen Sie genau das. Dafür hätte ich gern eine Erklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich glaube, dass die Hauptschulinitiative, die mein Vorgänger Siegfried Schneider auf den Weg gebracht hat, mit der Profilbildung und der Modularisierung als Lösung für unterschiedliche Standorte und unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten, mit dem Instrument der Praxisklasse, das für die Lernschwächeren ein hervorragendes Instrument ist, mit dem Mittlere-Reife-Zug, mit dem Kooperationsmodell, mit dem die Koalition einen neuen Akzent setzen will, mit der flexiblen Handhabung der Klassenuntergrenzen und mit dem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, intelligente Verbundlösungen zu entwickeln, ein Instrumentarium zur Verfügung stellt, das der schwierigen Situation der Hauptschule - Unterschied zwischen Stadt und Land, Schülerklientel usw. - gerecht wird und eine solide Antwort auf die aufgeworfenen Fragen gibt.

Ich glaube, das macht Sinn. Ich verstehe diese Debatte heute so - bis auf einige, die sehr laut werden müssen -, dass wir uns gemeinsam diesem politischen Ziel mit unterschiedlichen politischen Lösungsansätzen nähern. Ich hoffe, dass das Beste für eine möglichst große Zahl an wohnortnahen Hauptschulstandorten erreicht werden kann.

Präsidentin Barbara Stamm: Letzte Zwischenintervention: Frau Kollegin Brendel-Fischer.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein bisschen Schulrealität in dieses Hohe Haus bringen. Wenn von einer Klassenstärke von 10, 12 Schülerinnen und Schülern gesprochen wird, dann bitte ich Sie, sich an die eigene Schulzeit zu erinnern. 10 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse - ständig ist man gefordert. Ist einem das als Schüler immer so recht?

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist etwas humorvoll ausgedrückt, aber schon ernst zu nehmen.

Wir leben in einer Zeit, in der sich Schule und Unterricht dahin gehend verändert haben, dass der Unterricht nicht mehr so abläuft, dass die Lehrkraft ständig spricht, sondern dass Eigeninitiative und Schüleraktivitäten gefordert sind.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Mit 10 oder 12 Schülern können Sie nicht einmal eine anständige Gruppenarbeit durchführen. Wenn eine Gruppe etwas präsentieren soll, dann hat sie kein Publikum vor sich. Das sollte man sich einmal ernsthaft überlegen.

Wir werden gerade für unsere Hauptschule, wenn wir sie stärker als echte weiterführende und berufsorientierte Schule ausgestalten wollen, eine gute Ausstattung brauchen, vor allem in den drei profilbildenden Fächern, auf die wir sehr stolz sind und in denen wir gute Ergebnisse herbeiführen wollen. Diese teure Ausstattung können wir nicht an jedem Kleinststandort gewährleisten. Von daher besteht der gute, verlässliche und auch ehrliche Weg, der den Schülern und Eltern nichts vormacht, darin, Kooperationsformen zu finden und anständig auszustatten.

(Beifall bei der CSU)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich verstehe den Appell von Frau Kollegin Brendel-Fischer als eindrucksvolle Bestätigung des mühsamen und anspruchsvollen Weges, die Hauptschule mit einem Methodenmix in der Fläche zu erhalten. Ich darf an die Klassendurchschnittsstärken an den Hauptschulen erinnern, die zwischen 21 und 22 liegen. Das sind die Zahlen, die für den ganz großen Teil der Schülerinnen und Schüler, die die Hauptschule als ihren Weg in die Arbeits- und Ausbildungswelt gewählt haben, die Wirklichkeit wiedergeben. - Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat Herr Kollege Gehring gebeten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, er hat noch Redezeit, und wir sind bis 18.00 Uhr gefordert. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Kollegin Brendel-Fischer, wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler an der Schule gefordert und gefördert werden und mehr Leistung bringen. Das ist in kleinen Klassen besser möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Spaenle, ich habe mit Interesse vernommen, dass Sie den einzügigen Hauptschulen das Todesurteil ausgesprochen haben, indem Sie sie als nicht zukunftsfähig gesehen haben. Bitte sagen Sie das den Leuten im ganzen Land. Das wäre eine ehrliche Ansage.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie reden von Verbundlösungen, und Sie reden von Hauptschulinitiativen. Ihr Modell wurde bereits durchgespielt. Ich kann Ihnen das am konkreten Beispiel aufzeigen: Die Schüler fahren am Montag nach Buchenberg, am Dienstag nach Wiggensbach und am Mittwoch nach Weitnau. Die Verbundlösung wird zu einem "Schülerbus-Tourismus" führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich lade Sie gerne zu einer Spazierfahrt im Bus - möglicherweise im Winter - zu uns ins Allgäu ein. Das wird ein wunderschönes Erlebnis sein. Das kann ich Ihnen sagen. Es ist aber nicht pädagogisch und führt zu keiner Leistungssteigerung der Schülerinnen und Schüler. Es wird auch nicht zur Erhaltung der Standorte führen.

Sie machen mit den Betroffenen vor Ort Diskussionsforen. Ich garantiere Ihnen, Sie werden differenzierte Antworten hören. Mehr oder weniger deutlich werden Sie von Bürgermeistern und Schulleitern hören, dass diese eine Schule neuen Typs im ländlichen Raum haben wollen. Sie können noch so viel von Verbund, von intelligenten Lösungen und Flexibilität reden. Das ehrt Sie alles. Sie werden irgendwann dazu kommen müssen, eine Entscheidung zu fällen. Sie werden über den Graben springen und eine neue Schulstruktur im ländlichen Raum einführen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann hat um das Wort gebeten. Bitte schön.

(Zurufe von der CSU)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Es lohnt sich, in diesem Hause um diese Frage zu streiten. Ich verstehe deshalb Ihre Unmutsäußerungen überhaupt nicht; denn es wird um den Erhalt von wohnortnahen Schulen gekämpft.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten an der Diskussion teilnehmen und nicht herumschreien.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Minister Spaenle, Sie haben gesagt, die Hauptschulinitiative wäre ein Grundsatz und Bestandteil der Sicherung von Schulstandorten. Ich behaupte, das Gegenteil ist der Fall. Wäre es so, wie Sie sagen, dürfte es kein Problem sein, den ein- oder zweizügigen Hauptschulen im Lande eine Bestandsgarantie zu geben mit dem Hintergrund einer Hauptschulinitiative.

(Beifall bei der SPD)

Wäre die Hauptschulinitiative so glorreich - was die Verbände ganz anders sehen -, dürften Sie die Bestandsgarantie für die Hauptschulen nicht ablehnen. Das hat Ihre Fraktion in den vergangenen Plenarsitzungen aber gemacht.

Es ist ein erstaunliches Ereignis, dass Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion sagen, wir sollten uns an die eigene Schulzeit erinnern. Meine Schulzeit liegt mindestens 25 Jahre zurück.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Wollen Sie damit sagen, dass wir in Bezug auf den pädagogischen Fortschritt an unseren Schulen die alten Zeiten wieder haben wollen in Bayern?

(Beifall bei der SPD)

Ich befürchte, Sie wollen es sagen. Damit beweisen Sie, dass Ihre Fraktion in bildungspolitischen Fragen nicht nach vorne schaut, sondern die rückschrittlichste Fraktion in diesem Hause ist.

(Beifall bei der SPD)

Im Hinblick auf die Klassengrößen sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass es nicht um absolute Klassenstärken geht, sondern um die Bildung von kleinen Gruppen mit bestimmten differenzierten Angeboten, was etwa 20 % des Pflichtunterrichts an unseren Schulen betrifft.

Was Sie, Herr Minister, vorgetragen haben, widerspricht jeglicher Realität an unseren Schulen. Das ist das Thema. Ich gebe gerne zu, dass Sie noch lernen müssen. Es ist gut, wenn auch Minister noch lernen. Ich bitte jedoch, den Anträgen, die auf eine echte Verbesserung hinzielen, zuzustimmen. Ich bin sehr gespannt, wie sich die CSU-Fraktion verhalten wird zu den Anträgen der Freien Wähler und der SPD. Wenn Sie diesen Anträgen nicht zustimmen, verlieren Sie den letzten Rest an Glaubwürdigkeit betreffend die Gestaltung der Schulklassen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Pfaffmann! Ich habe es Ihnen bereits bei der ersten Debatte, die ich in meiner neuen Verantwortung mit Ihnen führen durfte, angedeutet. In welchem Ton und mit welcher Wortwahl Sie das politische Feld begleiten, das für die Zukunft unseres Landes von Bedeutung ist, spricht für Ihr eigenes Niveau.

(Beifall bei der CSU)

Einer Kollegin in diesem Haus, die ein engagiertes Plädoyer für die Hauptschule hält, und mit ihr der größten Fraktion dieses Hauses zu unterstellen, sie sei das Rückschrittlichste, was in der Bildungspolitik existiere, unterstreicht meinen ersten Eindruck.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Das entspricht den realistischen Ausführungen des Kollegen Pfaffmann!)

Ich habe kein Problem damit, die Debatte über die Hauptschule und über alle anderen wichtigen Fragen der Bildungspolitik in dem von Ihnen angesprochenen Ton zu führen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Danke, Herr Lehrer!)

- Ich bin keiner, wie Sie wissen. Ich versuche, mich dem Niveau anzupassen, damit Sie mich verstehen.

Die Frage, inwieweit wir mit einer Senkung der Klassenuntergrenze dem Ziel, möglichst viele Standortorte einzügiger Hauptschulen zu erhalten, als absolutes Instrument nahekommen, ist ausreichend beantwortet worden. Unsere Strategie lautet, dass das Teil eines zusammengesetzten Ganzen, eines Maßnahmenbündels ist. Insofern ist die Aufforderung der beiden Regierungsfractionen an die Staatsregierung richtig, ein Konzept vorzulegen, das auf dem Koalitionsvertrag fußt und das die intelligente Verbundlösung, die Hauptschulinitiative, die die inhaltliche Stärke dieser Schulart fortentwickelt und ausdrückt, und die flexible Handhabung der Klassenuntergrenzen beinhaltet. Die richtige Antwort ist, in der Zusammenschau eine vernünftige Angebotspalette langfristig zu erhalten.

An die Polemik, wer für was und wer für wen Garantien abgibt, werde ich Sie beizeiten erinnern. Wo keine Kinder mehr sind, kann nur noch bedingt Schule stattfinden. Insofern ist der Auftrag, den die Koalitionsfractionen erteilt haben, zentral, nämlich die Vorteile der Hauptschulinitiative, die sich in einer mehrzügigen Hauptschule an einem Standort

besser entwickeln lässt als über mehrere Standorte, damit zu koppeln, möglichst viele Standorte wohnortnah möglichst lange zu erhalten.

Wenn daraus Herr Kollege Gehring wieder einmal eine klassische Wortwahl ableitet, ist das nicht mein Vokabular. Ich verstand den Eingang der Debatte als ein gemeinsames Bemühen um dieses Ziel. Die anderen Dinge, Herr Pfaffmann, Sie sind neu im Amt, vielleicht lernen Sie sie noch.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/341 - das ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Freien Wähler und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/350 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. SPD-Fraktion, die Fraktion der Freien Wähler. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Danke. CSU und FDP. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/356 - das ist der Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Freien Wähler. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind CSU- und FDP-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommt der interfraktionelle Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP auf Drucksache 16/358 zur Abstimmung. Hierfür wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich verkürze auf vier Minuten und bitte hierzubleiben; es finden noch weitere Abstimmungen statt.

(Namentliche Abstimmung von 17.51 bis 17.55 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Wahlgang ist geschlossen. Die Auszählung erfolgt außerhalb des Plenarsaals. Ich bitte die Plätze wieder einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.02.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Renate Will u. a. und Fraktion FDP; Konzept zur flexibleren Handhabung der Mindestschülerzahl von 15 Schülern an Hauptschulen (Drucksache 16/358)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			X
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			X
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa			X
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	141	2	19